

Was tut die FDP für KMU?

National und kantonal, vor und während Corona

Stand 13. Januar 2021

1. Allgemein: Die Strategie der FDP für die kommende Wirtschaftskrise

Die von der FDP im August 2019 geforderte [Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz](#) ist nun aktueller denn je.

2. In Zeiten von Corona

- Runder Tisch am 18. März 2020 mit Unternehmer-Vertreter, der dann in einem [offenen Brief an BR Parmelin](#) mündete: Unternehmen, Angestellte und Selbständige brauchen Hilfe – in den nächsten Tagen, nicht erst Wochen! Wenig später hat der BR dann reagiert. Da haben wir bereits auf die Problematik der ALV für Selbständige hingewiesen. Ein zweiter runder Tisch hat Ende 2020 stattgefunden, um den Blick vor allem auch auf die Zeit nach der Krise gelegt wurde. Diese Rückmeldungen sollen in den kommenden Monaten umgesetzt werden.
- Wir forderten bereit Anfang April 2020 ein Koordinatensystem mit Ausstiegsszenarien zugunsten einer besseren Planungssicherheit für Unternehmen und zusätzliche Hilfe für KMU ([Medienmitteilung](#)). Am 15. April haben wir dann unsere umfassende [Ausstiegsstrategie](#) an einer digitalen MK präsentiert. So fordern wir etwa, dass Geschäfte, welche ihre Kundschaft und Mitarbeitenden schützen können, wieder öffnen sollen. Oder auch die Forderung nach Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden.
- Auf die fehlende Planungssicherheit haben wir in der Folge immer wieder hingewiesen und wiederholt ein Koordinatensystem gefordert ([Medienmitteilung](#)). Wir kritisieren im Verlauf der ersten Welle die [zu zögerlichen Lockerungen](#), welche Ende Mai angekündigt wurden.
- Wir setzen Druck auf die lange überfällige [Reform der Verrechnungssteuer](#). Gerade in Krisenzeiten ist das wichtig. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ein neues freiwilliges Meldeverfahren für natürliche Personen in der Schweiz mit Beteiligungen ab 10 Prozent. Für KMU-Aktionäre mit grösseren Beteiligungen wäre diese Massnahme mit erheblichen Liquiditätsvorteilen verbunden. Diese Position haben wir unserer [Vernehmlassungsantwort](#) nochmals bekräftigt.
- Wir haben im Parlament in der ausserordentlichen Corona-Session anfangs Mai die Hilfspakete des Bundesrats für Unternehmen und Selbständige genehmigt. Zudem haben wir ein [Vorstosspaket eingereicht](#). U.a. soll ein Abzug für Eigenfinanzierung bei der direkten Bundessteuer die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen stärken. Davon würden auch viele KMU profitieren.
- Im Ständerat konnten wir im Mai gerade noch [ein populistisches Dividendenverbot verhindern](#), das SVP und CVP ermöglicht hätten. Es hätte Arbeitsplätze gekostet und u.a. die Pensionskassen geschädigt.
- Wir haben uns in der Sommersession für einen gemässigten Gegenvorschlag zur [Unternehmensverantwortungsinitiative](#) eingesetzt, welcher vom Volk angenommen wurde. Denn in der Krise ist nicht die Zeit für Experimente. Viele KMU wären betroffen gewesen.
- Unerklärlich ist für uns, warum eine Mehrheit im Nationalrat die [Industriezölle](#) nicht abbauen will. Namentlich die SP, welche sich zeitweise als Retterin der KMU zu inszenieren versuchte, setzt sich vehement gegen diese einfache, aber wirkungsvolle Massnahme ein. Weniger Bürokratie für KMU, tiefere Preise für die Konsumenten. Gerade in Krisenzeiten ist das wichtig. Wir sind erfreut,

dass der Ständerat einverstanden ist mit uns, und [in der Herbstsession 2020](#) klar auf das Projekt eintritt. Nun ist der Nationalrat gefordert, insbesondere die Linke.

- Wir setzen uns mit voller Kraft [gegen die 99%-Initiative](#) ein, die aktuell im Parlament beraten wird. Sie wäre gerade für KMU, welche in einer Aktiengesellschaft organisiert sind, sehr schädlich und würde für die Betroffenen eine extreme Steuererhöhung bedeuten. Dabei wurde beispielsweise die Teilbesteuerung der Dividenden eigentlich geschaffen, um Familienunternehmen von einer Doppelbesteuerung zu entlasten. Auch Start-ups würden getroffen, weil ihnen durch die hohe Steuerbelastung die Mittel entzogen würden. Dabei wären Entlastungen gerade in der jetzigen Zeit eigentlich lebenswichtig für KMU.
- Die FDP setzt sich dafür ein, gezielte Unterstützungsmassnahmen zugunsten der KMU zu definieren. Die FDP hat diesbezüglich [diverse Anträge](#) eingereicht, unter anderem für eine zweite verbürgte Kreditwelle inklusive klarer Prüfkriterien, die Weiterführung des vereinfachten Verfahrens bei der Kurzarbeit oder die Ausdehnung der steuerlichen Verlustverrechnung von sieben auf zehn Jahre.
- Im [Covid-19-Gesetz](#) haben wir staatliche Hilfe für alle jene beschlossen, welche durch die Corona-Krise nicht oder nur eingeschränkt arbeiten können. Dieses soll erhalten: eine Härtefallklausel für Unternehmen der Event-, Reise- und Tourismusbranche und für Schausteller. Zudem eine Unterstützung für eingeschränkte Selbstständige.
- Angesichts der 2. Welle sprach sich die FDP bei der Anpassung des Covid-19-Gesetz im Dezember 2020 für eine [Erhöhung des Gesamtbetrages der Finanzhilfen](#) für KMU von 1 auf 2.5 Milliarden Franken aus. Zudem unterstütze sie es, den Spielraum des Bundesrates im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Pandemie zu vergrössern, indem die Regierung die Anspruchsvoraussetzungen für die Härtefall-Hilfen lockern kann. Durch rasches Handeln soll es möglich sein, diejenigen KMU zu unterstützen, die hart getroffen wurden. Der Ball liegt nun beim Bundesrat (Stand: Mitte Januar 2021)

3. In der Zeit vor Corona

- [Positionspapier](#) KMU von 2017
- Wir haben einen [Bürokratiebriefkasten](#), in welchem gerade KMU viele ihrer Bürokratieärgernisse deponieren. Wir gehen diesen nach und werden vorstössig, wo möglich.
- Steter Kampf gegen die Überregulierung: Wir fordern [eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung](#) auf Bundesebene und eine [Regulierungsbremse](#). Beides Vorstösse, welche im Parlament bereits angenommen wurden und in Umsetzung sind.
- Seit Jahren fordern wir einen [Mehrwertsteuereinheitssatz](#). Gerade KMU würden von diesem Bürokratieabbau profitieren. Leider fanden all unsere bisherigen Vorstösse keine Mehrheiten im Parlament. Wir bleiben dran!
- Wir setzen uns für ein funktionierendes e-Government ein, welches Behördengänge und deren Kosten reduziert (u.a. [Vorstoss](#)).
- Wir fordern, dass Behördenwillkür bei der Selbstständigkeit gestoppt wird. Wer als Selbsterwerbender AHV-anerkannt ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der Mehrwertsteuer) zu behandeln. Plus: Wer bei der AHV als selbständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können ([Vorstoss](#)).
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat nicht in einen unfairen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft kommt ([Postulat](#), [Motion](#)).
- Klare Ablehnung der linken Initiativen zu bedingungslosem Grundeinkommen, 6-Wochen Ferien, Erbschaftssteuer, Mindestlohn, AHV plus, Nahrungsmittelspekulation.
- Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange ([Home office Erleichterung](#)). Zudem forderten wir eine [Ausweitung der Ausnahmen für Arbeitszeiterfassung](#).

- Endlich elektronische Identität (e-ID) in Umsetzung ([Vorstoss](#)).
- Angenommener [Vorstoss](#) zur Vermeidung von Doppelspurigkeit bei der Datenerhebung dank Digitalisierung.
- Flexibilität bei der Rückerstattung der Verrechnungssteuer ([Vorstoss](#); [Vorstoss](#)).
- Modernisierung der Zollverfahren (u.a. [Vorstoss](#); [Vorstoss](#))
- Einführung und Beibehaltung der Schuldenbremse gegen Widerstand von Mitte-links und Bundesrat.
- Parlamentarische Initiative zur Erhöhung des Kinderfremdbetreuungsabzugs auf 25'000 Franken ([Vorstoss](#)). Dies entlastet insbesondere auch die mittelständischen Familien.
- [Ausgleich der realen kalten Progression](#).
- Wir fordern seit 2009 eine Abschaffung der Stempelsteuern ([Parlamentarische Initiative](#)). Die Abschaffung der Emissionsabgabe ist ein einfaches und wirksames Instrument zur Stärkung der Unternehmen und gerade in der akuten Krise sollten Schweizer Unternehmen von unnötigen Abgaben bewahrt bleiben. Diese Position haben wir in unserer [Vernehmlassungsantwort](#) nochmals bekräftigt.

4. Ausgewählte Aktivitäten auf kantonaler Ebene

4.1. Kanton Aargau

- [Umfangreiche Liste](#) von Medienmitteilungen, offenen Briefen und Vorstössen im grossen Rat.

4.2. Kanton Bern

- [Dringliche Motion](#), dass neue Hilfsmassnahmen für Härtefälle und Konkurs-gefährdete Betriebe beschlossen werden.
- [Forderung](#) nach Vereinheitlichung der Bedingungen für staatliche Wirtschaftshilfen und Beschluss neuer Hilfsmassnahmen für Härtefälle und Konkurs-gefährdete Betriebe.

4.3. Kanton Baselland

- [Detaillierte Auflistung](#) von Vorstössen, zur Unterstützung der betroffenen KMU.

4.4. Kanton Baselstadt

- Die FDP reicht im Grossen Rat [drei dringliche Motionen](#) ein, v.a. um Selbständigen zu helfen: Soforthilfe für Kleinbetriebe, den Verzicht auf Verzugszinsen bei den Steuern und die schnellere Zahlung von Rechnungen durch den Kanton. Doch Rot-Grün lehnte sie ab.
- [Offenen Brief](#), in dem u.a. auf das Problem der ungleichen Unterstützungsbeiträge für arbeitgeberähnliche Angestellte hingewiesen wurde.
- [Gemeinsame Motion](#), für ein substanzielles kantonales Hilfsprogramm für Beherbergungs- und Restaurationsbetriebe.

4.5. Kanton Luzern

- [Forderungspapier](#) vom 15. Mai 2020 für den Ausstieg aus der Corona-Krise.
- Aus dem Papier sind mehrere [Vorstösse](#) entstanden, so etwa für Anpassung der Betriebszeiten oder für eine kantonale Regulierungsbremse.

4.6. Kanton St. Gallen

- [Motion](#) zum Thema dauerhafte Liberalisierung oder insgesamt Verzicht auf Regulierungen der Ladenöffnungszeiten.
- [Forderungsliste](#) «Liberaler Befreiungsschlag aus der Coronakrise»

4.7. Kanton Solothurn

- Die [Fraktion FDP.Die Liberalen des Kantons Solothurn](#) fordert, dass KMU nachträglich Rückstellungen machen können sollen, um so von den Folgen von COVID19 entlastet zu werden.
- [Anfrage](#) an den Regierungsrat, zielgerichtete Stützmassnahmen für Unternehmen und Betriebe zu prüfen.

4.8. Kanton Thurgau

- [Forderung](#) nach raschem und unkompliziertem Handeln im Bezug auf Covid-19-Härtefallmassnahmen.
- Einfache Anfrage „Coronavirus – kurz- und mittelfristige Massnahmen 2020“
- Antrag „Leitbild Wirtschaftsstandort Thurgau“ 2020. Hier werden konkrete Handlungsfelder gefordert, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kantons zu erhöhen. Zusätzlich fordert die FDP TG, dass es kurz- und mittelfristig gilt, die staatlichen Massnahmen wegen COVID-19 wieder vollständig zurückzunehmen.
- Antrag zur Regulierungsfolgenabschätzung RFA 2018. Die FDP wollte vom Regierungsrat einen Bericht sehen, wie auf Kantonsebene mit dem Instrument der Regulierungsfolgenabschätzung die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Kantons untersucht und dargestellt werden können.
- Antrag zur Regulierungsbremse 2019. Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Bericht zur Prüfung der Einführung einer kantonalen Regulierungsbremse zu erstellen.
- Antrag Überprüfung des Leistungskataloges der kantonalen Verwaltung 2011. Das Thema ist immer wieder aktuell. In der Folge hat der Kanton aus eigener Initiative einige Jahre später eine Haushaltsgleichgewichtsaktion durchgeführt, HG2020.

4.9. Kanton Waadt

- Die [Liste von Vorstössen](#) ist lang und umfasst beispielsweise Forderungen nach Erleichterungen für neue innovative Unternehmen, nach einem temporärer Stopp bei Justizgebühren oder nach gezielten Investitionsmassnahmen für die Baubranche.

4.10. Kanton Schwyz

- Interpellation 14. März: Befristetes Unterstützungsprogramm für die Schwyzer Wirtschaft
- Motion 14. März: Sofort Massnahmen zur finanziellen Entlastung von Unternehmen
- Kleine Anfrage 6. April: Wie lauten die Exit Kriterien aus dem Krisenmodus?
- Offener Brief
- Direkte Treffen mit dem Regierungsrat

4.11. Kanton Thurgau

- [Interpellation](#) zur Einschätzung der Regierung bezüglich dem Bedarf nach administrativer Unterstützung für Selbständigerwerbende, KMU sowie Kunstbetriebe/-schaffende.

4.12. Kanton Zürich

- [Liste mit Tipps, Tricks und Unterstützungsmöglichkeiten für KMU und Selbständige](#)
- [Fraktionserklärung inklusive Covid-Vorstosspaket der FDP-Fraktion](#)
- KR 225/2020: Anfrage 'Gilt die Covid-19-Verordnung nicht für alle?'
- KR 177/2020: Anfrage betreffend Flexibilität der Wirtschaft
- KR 174/2020: Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten
- KR 166/2020: Anfrage zum Verzicht von Baubewilligungen für Strassencafés und -restaurants
- KR 119/2020: Anfrage betreffend Corona-bedingte Schliessung von Parkplätzen überdenken
- KR 97/2020: Anfrage betreffend sozialer und wirtschaftlicher Folgen der geplanten Einschränkung der Sonntagsöffnungszeiten in Tankstellenshops im Kanton Zürich
- KR 100/2020: Anfrage betreffend Massnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den von Covid-19 besonders hart getroffenen Branchen
- KR 96/2020: Anfrage betreffend der Auswirkungen des Coronavirus auf das Zürcher Gesundheitswesen und die Wirtschaft im Kanton Zürich
- KR 236/2020: Anfrage betreffend Leben mit Corona
- KR 22/2019: Anfrage betreffend mehr Start-ups im Technopark Winterthur
- KR 45/2019: Postulat betreffend Planungssicherheit für den Standort des Impact Hub
- KR 259/2019: Dringliches Postulat betreffend Kasernenareal: Auch ein digitaler Leuchtturm für den Kanton Zürich

- KR 29/2019: Anfrage betreffend der Situation des Prostitutionsgewerbes im Kanton Zürich
- KR 296/2018: Motion zur Errichtung eines «Zurich International Commercial Court» am Handelsgericht des Kantons Zürich.
- KR 354/2018: Motion zur Erleichterung befristeter Zwischennutzung.
- KR 113/2018: anfrage zur Förderung von Blockchain-Start-ups: Wie pragmatisch ist die Steuerpraxis im Kanton Zürich?
- KR 112/2018: Anfrage zur Stärkung des Blockchain-Hubs im Kanton Zürich
- KR 24/2018: Postulat zum Switzerland Innovation Park Zürich

4.13. Kanton Fribourg

- Mandat : [Annulation de la mesure structurelle "Financement des cours interentreprises"](#)
- Motion : Modification complète de la loi sur les établissements publics : Fribourg, aussi by night
- Postulat : Santé économique du canton : la compétitivité en jeu
- Question : [Quelle politique foncière pour le soutien aux PME/TPE qui cherchent à se développer ?](#)
- Motion : [Modification LICD - Provision extraordinaire liée au COVID-19](#)
- Mandat : [Augmentation du plafonnement des RHT pour les entrepreneurs et mesures pour les indépendants - COVID-19](#)
- Question : [Procédure simplifiée pour l'exploitation des terrasses des restaurants - COVID-19](#)

4.14. Kanton Genf

Objets déposés - Année 2020

- Projet de loi – Frein à la réglementation – pour une maîtrise efficiente du processus législatif et de l'effet des lois
- Projet de loi – Crédit d'impôt : Pour que les liquidités des entreprises, en temps de crise, servent à l'emploi et à la pérennité de l'activité économique
- Motion – Après la crise sanitaire, économique et sociale causée par le coronavirus, faisons tout pour maintenir et garantir les places d'apprentissage dual à Genève pour l'année scolaire 2020-2021 !
- Résolution – Trafic routier à Genève : la sortie de confinement en doit pas permettre de faire n'importe quoi, même temporairement !

Objets en suspens – années précédentes

- Motion 2448 – pour une réduction de la charge administrative des particuliers et des entreprises